

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3132

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/7869

Polizeiliche Begleitung von Groß- und Schwertransporten der REpower SE in Trampe

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3132 vom 02.09.2013:

Die REpower SE mit Sitz in Trampe führt jährlich ca. 120 Groß- und Schwertransporte von Gondeln für Windkraftanlagen durch. In Brandenburg ist die Begleitung dieser Transporte durch die Polizei verbindlich vorgeschrieben. Dabei kommt es bei der REpower SE regelmäßig zu Problemen, da die Polizei nicht in der Lage ist, diese Begleitung termingerecht sicherzustellen. Durch die Verzögerungen entstehen dem Unternehmen große Kosten, insbesondere wenn das Fahrziel in dem für die Transporte vorgegebene Zeitraum nicht mehr erreicht werden kann. Zusätzlich verursachen laufende Motoren der wartenden LKW vor Ort Lärmbelästigungen bei den Anwohnern.

Die Probleme mit der polizeilichen Begleitung von Groß- und Schwertransporten in Brandenburg waren bereits Thema der Kleinen Anfrage 2135 vom 04.06.2012. Die Landesregierung gibt in ihrer Antwort an, dass eine Arbeitsgruppe des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft eine Entlastung der Polizei ablehnt, da man eine erhöhte Gefahr von Amtshaftungsansprüchen und eine verstärkte Arbeitsbelastung der Straßenverkehrsbehörden befürchtet. Die Probleme haben sich, wie das Beispiel REpower SE in Trampe zeigt, bis heute nicht verbessert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung das hier geschilderte Problem in Trampe bekannt?
2. Liegen der Landesregierung Daten vor, inwieweit die Polizei nicht in der Lage ist, die Begleitung von Groß- und Schwertransporten termingerecht sicherzustellen?
3. Wie plant die Landesregierung dieses seit langem bekannte Problem zu lösen?
4. Wie ist die Begleitung von Groß- und Schwertransporten in anderen Bundesländern geregelt?

5. Kann man Lösungen aus anderen Bundesländern, bei denen Groß- und Schwertransporte von privaten Unternehmen begleitet werden auf Brandenburg übertragen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Ist der Landesregierung das hier geschilderte Problem in Trampe bekannt?

zu Frage 1:

Der Landesregierung ist das geschilderte Problem nicht bekannt.

Frage 2:

Liegen der Landesregierung Daten vor, inwieweit die Polizei nicht in der Lage ist, die Begleitung von Groß- und Schwertransporten termingerecht sicherzustellen?

zu Frage 2:

Innerhalb der auferlegten Fahrzeitbeschränkungen (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr – verkehrsarme Zeit) der Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwertransporte werden grundsätzlich alle angemeldeten Transporte termingerecht polizeilich begleitet. Eine termingerechte polizeiliche Begleitung kann allerdings nicht stattfinden, wenn Transporte Auflagen nicht erfüllen, Mängel aufweisen oder aufgrund von Witterungsbedingungen (z. B. starke Sichtbehinderungen) ein Fahrtantritt nicht möglich ist.

Frage 3:

Wie plant die Landesregierung dieses seit langem bekannte Problem zu lösen?

zu Frage 3:

Ein Problem besteht nicht.

Frage 4:

Wie ist die Begleitung von Groß- und Schwertransporten in anderen Bundesländern geregelt?

zu Frage 4:

Die polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten richtet sich grundsätzlich bundesweit nach den Bestimmungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) zu § 29 Abs. 3 und der Richtlinie zum Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten (RGST 1992). In einzelnen Ländern, z. B.

Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, wurden per Erlass geringfügig abweichende Parameter (Straßenbreiten) für eine polizeiliche Begleitung festgelegt.

Frage 5:

Kann man Lösungen aus anderen Bundesländern bei denen Groß- und Schwertransporte von privaten Unternehmen begleitet werden auf Brandenburg übertragen?

zu Frage 5:

Entsprechend der VwV-StVO zu § 29 Abs. 3 und der RGST 1992 ist auch in Brandenburg unter bestimmten Voraussetzungen die private Begleitung von Großraum- und Schwertransporten möglich und wird bereits durchgeführt.

Bundesweit ist beabsichtigt, die Voraussetzungen für eine private Begleitung zu erweitern, dazu wurden durch die Innen- und Verkehrsministerkonferenz bereits entsprechende Beschlüsse gefasst. Die rechtliche Umsetzung obliegt aktuell dem Bund. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat zu dieser Thematik ein entsprechendes Gutachten erstellt. Darin wird vorgeschlagen, verkehrsrechtliche Anordnungen durch Verkehrszeichen, die von privaten Begleitfahrzeugen angezeigt werden, bekanntzugeben, so dass polizeiliche Anordnungen nicht mehr erforderlich sind. Eine Begleitung durch die Polizei soll auf Fälle beschränkt werden, die ein unmittelbares Eingreifen der Polizei vor Ort zwingend erforderlich machen. Die rechtliche Umsetzung der Vorschläge des Gutachtens obliegt dem Bund und wird derzeit vorbereitet.